

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Trabantenblatt: Nachrichten Dresden.
Gesamtpreis: Gesamtsumme 25 241.
Nur für Nachdruck: 200 11.

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. August 1924 bei lögl. zweimaliger Zustellung bei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile zu 20 Pfg., für auswärts 25 Pfg.; Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., auswärts 20 Pfg.; die 30 mm breite Reklameweile 100 Pfg., auswärts 200 Pfg.; Ostergebühren 10 Pfg.; Kassu. Beiträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptredaktion:
Marsstraße 38/40.
Ersch. u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittags: Mittag- und Abend-
tisch auf der Terrasse im Garten
und im Terrassensaal an der Elbe
Bekanntes vornehme Tafelmusik

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Der Reichstag nimmt an!

Zweidrittelmehrheit für das Reichsbahngesetz.

Berlin, 29. August. Mit ungeheurer Spannung wurde heute nachmittag im Reichstag das Ergebnis der Abstimmung über das Reichsbahngesetz erwartet. Präsident Wallraf teilte mit, daß 441 Stimmen abgegeben worden sind. Mit Ja haben gestimmt 314, dagegen 127 Abgeordnete. Damit ist für das Gesetz nötige Zweidrittelmehrheit vorhanden.

Da für die anderen Gesetzeswürfe die einfache Mehrheit genügt, so ist mit dieser entscheidenden Abstimmung der ganze Dawes-Plan angenommen und die Reichstagsauflösung vermieden.

(Der Verhandlungsbericht befindet sich auf Seite 2.)

Die Kenntnisaufnahme des Ergebnisses im Reichsrat.

(Trabantenblattung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 29. August. Unmittelbar nach Schluß der entscheidenden Abstimmungen im Reichstag trat der Reichsrat zu einer Sitzung zusammen. Es handelte sich darum, eine verfassungsmäßige Vorrichtung zu erfüllen, nämlich von den Beschlüssen des Reichstags ohne Einspruch Kenntnis zu nehmen. Das geschah. Die Reichsratsitzung wurde unter Vorsitz des Ministers Dr. Jarres abgehalten. Der preussische Bevollmächtigte erklärte, daß zwar viele Wünsche, an denen die Verhandlungen über das Dawes-Gutachten Anlaß gegeben hätten, bedauerlicherweise nicht erfüllt wurden, daß man aber der Reichsregierung dazu Glück wünsche, daß ihre Arbeit nicht vergeblich gewesen wäre und daß der Reichsrat der Hoffnung Ausdruck gebe, daß die heutigen Beschlüsse des Reichstags und des Reichsrats dem deutschen Volk zum Segen gereichten. Der Vorsitzende dankte namens der Reichsregierung und gab dem Wünsche Ausdruck, daß diese Hoffnung in Erfüllung gehe.

Der Dank der Reichsregierung an den Reichstag.

Eine Kundgebung des Reichskanzlers gegen die Arieas-Schuldfrage.
Berlin, 29. Aug. Aus Anlaß der Verabschiedung der Dawes-Gesetze erklärt der Reichskanzler namens der Reichsregierung folgende Kundgebung:

Der Reichstag hat mit den heute gefaßten Beschlüssen sein Siegel unter die Londoner Vereinbarungen gesetzt. Damit ist eine Entscheidung getroffen, die für das Schicksal des deutschen Volkes auf Jahre hinaus von machabender Bedeutung sein wird. Der Reichsregierung ist es ein Bedürfnis, allen Mitgliedern des Reichstages, die an diesem Ergebnis beigetragen haben, ihren Dank auszusprechen. Alle Beteiligten haben schwere Bedenken überwunden und vielfach sogar persönliche Ueberzeugungen zurückstellen müssen, um zur Annahme der Londoner Vereinbarungen zu gelangen.

Die Reichsregierung kann und will aber diesen bedeutsamen Augenblick, in dem sie in Durchführung des Versailler Vertrages schwere Verpflichtungen auf sich nimmt, nicht vorüberlassen lassen, ohne in der Arieas-Schuldfrage, die seit 1919 mit schwerem Druck auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und unzweideutig ihren Standpunkt darzulegen.

Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Restschuld, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entzweit habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Restschuld nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschieht, ist und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verräter an der Menschheit herabgewürdigt wird, kann die wahre Versöhnung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden.

Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 29. August 1924.

Der Reichskanzler,
aal. Marx.

Sonnabend Unterzeichnung der Londoner Abmachungen.
Berlin, 29. August. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Schamer, hat heute nachmittags Anweisung erhalten, die Londoner Abmachungen morgen zu unterzeichnen. (D. N.)

Innenpolitische Folgen der Annahme.

Marg' Rücktritt von den Deutschnationalen gefordert?

Berlin, 29. August. Wie die „N. Z.“ erfahren haben will, sollen die Deutschnationalen als Bedingung ihrer Zustimmung die Forderung gestellt haben, daß das Kabinett Marg im Oktober zurücktritt.

Ein angebliches volksparteiliches Angebot an die Deutschnationalen.

Berlin, 29. August. In der Meldung der „Deutschen Zeitung“ über ein angebliches Angebot von Ministerposten seitens der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen Partei wird noch berichtet, daß die Volkspartei nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß den Deutschnationalen, wenn sie das Londoner Abkommen annehmen sollten, der Weg in die Regierung offen stehen sollte. Verhandlungen darüber könnten aber erst nach der Annahme der Gesetze erfolgen. Die Annahme der Gesetze könne aber nicht zum Gegenstand eines Kabinettsbildungsgeschäftes gemacht werden. Von der Volkspartei sind den Deutschnationalen überhaupt keine Ministerposten angeboten worden.

Die Annäherungsbasis für die Rechtsparteien

Berlin, 29. Aug. Die letzten Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen waren mit einem Beschluß der volksparteilichen Fraktion vom 28. August eingeleitet worden, der in der Deutschen Volkspartei mitgeteilt wurde. Er lautet:
In entscheidender Stunde wendet sich die Fraktion der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen: Wir haben volles Verständnis dafür, daß in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei bittere Enttäuschung über das in London Nichterreichte herrscht. Wir teilen diese Empfindung. Der Londoner Pakt ist nur erträglich, wenn man ihn als einen ersten Schritt in der Richtung der Neugestaltung der weltpolitischen Lage zu Deutschlands Gunsten und zugleich als das einzige heute gegebene Mittel zur Befreiung von Rhein und Ruhr aus den Fesseln der französisch-belgischen Pfänderepolitik betrachtet.

Es kommt alles darauf an, auf diesem Wege zielbewußt voranzuschreiten und mit allen Kräften das nachzuholen, was in London noch nicht durchgesetzt werden konnte.

Zur Mitwirkung an dieser Zukunftarbeit rufen wir die Deutschnationalen Volkspartei auf.

Wir haben bei den Neuwahlen danach geschrien, die wertvollen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei zu verantwortlicher Mitarbeit an den Reichsgeschäften heranzuziehen. Wir erklären heute, daß wir diese Mitarbeit bei der Durchführung des Londoner Paktes und des innerpolitischen Wiederaufbaues für notwendig halten.

Uebernimmt die Deutschnationalen Volkspartei die Verantwortung am Zustandekommen des Londoner Paktes mit, so wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mir allen Mitteln auch auf bedeutende Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen. Diesen Standpunkt haben unsere Vertreter bei allen Ausprägungen der letzten Wochen eingenommen. Wir halten es für unsere Pflicht, dieses ausdrücklich zu wiederholen. (N. Z. B.)

Wallraf an von Graefe.

Berlin, 29. Aug. Der Reichstagspräsident Wallraf antwortete auf das gestern an ihn gerichtete Schreiben der Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei folgendes:
Ihr Schreiben vom gesternmorgen Tag gibt mir leblichste Veranlassung zu folgender Antwort: Das Recht und die Pflicht des Reichstagspräsidenten, die Würde und Ordnung des Hauses zu wahren, besteht selbstverständlich gleichmäßig gegenüber allen Parteien und ist durch politische Meinungen und Situationen nicht beeinflussbar. Der gegen den Abcoronierten v. Graefe-Redebureau in der Sitzung vom 27. d. M. von mir verhängte Ordnungsruf war durch das Verhalten des Genannten vollst. gerechtfertigt. Ein gegen den Ordnungsruf dem Abgeordneten nach § 2 der Geschäftsordnung zu erhebender Einspruch von v. Graefe nicht erhoben worden. Sie in Ihrem Schreiben enthaltenen Andeutungen, als ob meine Haltung von anderen als rein sachlichen Beweggründen beeinflusst worden sei, weise ich hierdurch aufs entschiedenste und schärfste zurück.

Kompromiß.

Es war ein langes Bangen und Bangen in schwebender Pein, das der Entscheidung im Reichstage über die Dawes-Gesetzeswürfe voranging. Nun sind endlich die Würfel gefallen und der Rubikon ist überschritten. Das Ergebnis ist ein Kompromiß, das es den Deutschnationalen ermöglicht hat, die Zweidrittelmehrheit für die Eisenbahnvorlage zustandzubringen und damit die Auflösung des Reichstages zu verhindern. Diese Wendung ist vom nationalen Standpunkt aus zu begrüßen. Nicht etwa des Reichstages wegen. Dem hätte niemand eine Träne nachgeweint, wenn das Damoklesschwert der Auflösung, das solange über seinem Haupte schwebte, herabgefallen wäre und ihn vernichtet hätte. Es handelte sich aber um mehr, weit mehr als um das Schicksal des allen zum Ueberdruß gewordenen Reichsparlamentes, das sein künftiges Dasein noch in letzter Stunde durch einen Akt der tiefsten Selbsterlöschung vor dem In- und Auslande besichert hatte. Es ging um die Wohlfahrt des Volkes, um die Zukunft von Reich, Land und Volk, um die Stellungnahme zu der schwerwiegenden und tief einschneidenden Frage, ob für ein starkes, ehrliches und aufrichtiges patriotisches Empfinden die Verantwortung einer Ablehnung der Londoner Beschlüsse mit Rücksicht auf die damit verbundenen Gefahren für unser politisches, finanzielles und wirtschaftliches Leben tragbar sei. Das Jünglein an der Waage bildeten die Deutschnationalen. Es waren Tage voll unruhigster innerer Erschütterung, die sie durchleben mußten, ehe sie den Weg fanden, den sie nun gegangen sind; genannt sind in der festen Zuversicht, daß er im Verhältnis zur völligen Verneinung des Londoner Paktes das kleinere Übel darstelle. Darüber kann kein Zweifel herrschen, daß auch die Zustimmung zum Londoner Pakt ein Übel ist, da sie uns Lasten auferlegt, von dem nur der größte Optimismus annehmen kann, daß wir imstande sein würden, sie auf Heller und Pfennig mittels einer jahrzehntelangen geduldigen und harten Kronarbeit für die Fremden abzutragen. Gewisse Verbesserungen und Verbesserungen unserer Lage hat das Londoner Abkommen aber doch für uns im Gefolge, vor allem durch die Gewährung der Anleihe, die Klärung des Ruhrabwickelns, die Wiederherstellung des Rheinlandverkehrs und die Befreiung der Gefangenen. Es gewährt uns eine, wenn auch kurze Atempause, in der wir einen Anlauf zu unserer wirtschaftlichen Erholung nehmen können. Die Ablehnung hätte uns dagegen mit einem jähren Rück in einen Abwärts unabsehbarem Schwierigkeiten hineingeworfen, das Geschehen neuer Gebietsbesetzungen herausfordernd, die Wirtschaftslage verschärft, der Landwirtschaft den fürmlich verlangten Schutzvoll vorzuenthalten, die Kreditnot auf die Spitze getrieben, die Staatseinnahmen infolge der steigenden allgemeinen Notlage vermindert, die Ausgaben vermehrt, die Handelsverträge dem Inkursdiktums überantwortet, mit einem Worte Verhältnisse geschaffen, die für uns das äußerste an Ruin und Zerrüttung bedeutet hätten. Die moralische Bürde der Verantwortung für einen solchen allgemeinen Niedergang haben schließlich die Deutschnationalen doch nicht auf ihre Schultern laden zu können erlaubt, und so ist denn das Kompromiß zustande gekommen, das die Londoner Beschlüsse gerettet hat.

Das Opfer, das die Deutschnationalen auf solche Weise durch die Preisgabe ihrer auf tiefer Ueberzeugung von der Schädlichkeit und Unzulässigkeit des Dawes-Planes beruhenden Oppositionsstellung dem allgemeinen vaterländischen Interesse gebracht haben, ist eine nationale Tat. Das mit allem Nachdruck zu betonen, ist um so mehr Pflicht aller patriotischen Kreise, je wider und wider der Inkursdiktums nun gegen die Deutschnationalen lärmten und toben und ganze Hübel voll publistischen Unzweckes über sie ausgießen wird. Die Leistungen dieser Art, die bisher schon vollbracht wurden, lassen voraussehen, daß die kommenden Angriffe gegen die Deutschnationalen wegen ihres „Umfalls“ vollends jedes Maß überschreiten werden. Die Deutschnationalen brauchen das nicht zu kümmern. Sie können mit Niemand sagen: „Door lach' ik over!“, weil sie ein gutes nationales Bewußtsein haben, das ihnen die Reinheit ihrer vaterländischen Beweggründe bezeugt. Die Entscheidung, welche die Deutschnationalen getroffen haben, liegt weit abseits von jedem parteipolitischen Egoismus und nurzest ausschließlich in der Rücksichtnahme auf das öffentliche Wohl. In diamentalem Gegensatz dazu steht die Haltung der Sozialdemokratie und der ihr geistesverwandten Elemente. Die Organe dieser Richtungen haben durch ihre ungeschminkten Auslassungen mit beschämendster Deutlichkeit verraten, daß sie die große Schicksalsfrage des deutschen Volkes weitgehend unter dem parteipolitischen Gesichtswinkel betrachten und ihr Parteipolitikum an dem Londoner Feuer wärmen wollen. In der Spitze marschieren der „Vorwärts“, der feinerlei Hehl aus seiner rein parteipolitischen Einstellung und Denkungsart macht und